

STUDIERENDENSCHAFT

JUSTUS-LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

STUDIERENDENPARLAMENT

Ausführliches Protokoll der 1. Sitzung des 58. Studierendenparlaments vom 24. Oktober 2019.

TOP 1) Begrüßung, Feststellung Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Es sind 33 Parlamentarier*innen anwesend, damit ist eine Beschlussfähigkeit gegeben.

Teilnehmer*innenliste der 1. Sitzung vom Beginn 18 Uhr s.t.

UniGrün – Die grünen Köpfe	Andrea Barany David Bianucci Hanna Schwager Marvin Fritsch Sophie Müller Lino Seifert Ellen Beck Arne Krause Julia Regele Michel Zörb Emely Green Julia Himmelsbach* Tristan Rathgeber*
Die Linke, SDS	Desiree Becker Peer Prüve Frederik Peper Meike Jockers*
Gießener Union für Toleranz	Habib Yasar Younis F. Zobi
Jusos	Nabor Keweloh Lucas Müller Leonard Klee Vanessa Wagner Michael Emig Lara Stoller Phillip Schröder Lea Stelz Dwayne Tack
RCDS - StudentenUnion	Chris Steinmeier Tom Carlo Lehmann Leon Clemens Sehrt
Liberale Hochschulgruppe - LHG	Malte Brinkmann Leonie Schikora

* Präsidiumsmitglieder

TOP 2) Genehmigung der Tagesordnung

Tagesordnung

1. Begrüßung, Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Antrag Fachschaft Sport
- ~~3.~~ 4. Mitteilungen des Präsidiums
- ~~4.~~ 5. Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung der 57. Legislaturperiode
- ~~5.~~ 6. Wahlen zum Präsidium
- ~~6.~~ 7. Mitteilungen studentischer Amtsträger*Innen
- ~~7.~~ 8. Fragen an aktuelle und ehemalige Amtsträger*Innen
- ~~8.~~ 9. Studierendensprechstunde
- ~~9.~~ 10. Rechenschaftsberichte 57. Legislatur
- ~~10.~~ 11. Wahlen zum AStA
- ~~11.~~ 12. Wahlen zur FSK
- ~~12.~~ 13. Änderung der Geschäftsordnung der FSK 2. Lesung
- ~~13.~~ 14. Änderung der Geschäftsordnung der FSK 3. Lesung
- ~~14.~~ 15. Preiserhöhung des NVV
- ~~15.~~ 16. Anträge
- ~~16.~~ 17. Verschiedenes

Die Tagesordnung wird vorgeschlagen. Vorschlag des Präsidiums, den Antrag der Fachschaft Sport vorzuziehen. Ohne Widerspruch. Änderung einstimmig angenommen.

TOP 3) Antrag Fachschaft Sport

Brauereibesichtigung FB Sport. Der Antrag wird eingebracht.

Lucas Müller (Jusos) merkt an, dass Mittel der Studierendenschaft nach der Regel nicht für Alkohol ausgegeben werden dürfen. Die Antragstellerin entgegnet, dass die Besichtigung und nicht der Verzehr finanziert werden soll.

David Bianucci (UniGrün) bestärkt die Aussage der Antragstellerin.

Lino Seifert (Uni Grün) fragt nach, inwiefern Kritik geäußert werden könnte.

Lucas Müller (Jusos) entgegnet, dass der Landesrechnungshof Kritik äußern würde.

Malte Brinkmann (LHG) merkt an, dass es bei einmaliger Vergabe der Gelder für Alkohol des Öfteren zu solchen Anträgen kommen könnte.

Der Antrag wird abgestimmt. Ja-Stimmen: 25 Nein-Stimmen: 5 Enthaltung 3

Der Antrag wird angenommen.

TOP 4) Mitteilungen des Präsidiums

Das Präsidium ist erfreut über die hohe Anwesenheitsquote und wünscht diese auch im weiteren Verlauf der nächsten Legislatur zu haben.

TOP 5) Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung der 57. Legislatur

Das Protokoll wird mit 30 Ja Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

TOP 6) Wahlen zum Präsidium

UniGrün schlägt Tristan Rathgeber als StuPa Präsidenten vor

Tristan Rathgeber stellt sich vor. Es gibt 29 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Damit ist Tristan Rathgeber als Präsident gewählt.

UniGrün schlägt Julia Himmelsbach als Vize-Präsidentin vor.

Die Linke SDS schlägt Meike Jockers als Vize-Präsidentin vor.

Die Jusos schlagen Michael Emig als Vize-Präsidenten vor.

Alle Bewerber*innen stellen sich vor.

Im ersten Wahlgang erfolgen folgende Ergebnisse:

Julia Himmelsbach 13 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

Meike Jockers 14 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und keine Enthaltungen

Michael Emig 15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und keine Enthaltungen

Keine Person wurde gewählt. Es erfolgt der zweite Wahlgang.

Im zweiten Wahlgang erfolgen folgende Ergebnisse:

Julia Himmelsbach 19 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

Meike Jockers 18 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und keine Enthaltungen

Michael Emig 15 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen und keine Enthaltungen

Durch Lucas Müller (Jusos) wird der zweite Wahlgang angefochten, da niemand aus der Opposition an der Zählkommission beteiligt war.

Es kommt zum dritten Wahlgang. Die Zählkommission setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Arne Krause (Uni Grün)
- Peer Pröve (SDS)
- Habib Yasar (GUT)
- Nabor Keweloh (Jusos)
- Tom Lehmann (RCDS)
- Leonie Schirkora (LHG)

Im dritten Wahlgang erfolgen folgende Ergebnisse:

Julia Himmelsbach	18 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und keine Enthaltungen
Meike Jockers	19 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und keine Enthaltungen
Michael Emig	15 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen und keine Enthaltungen

Julia Himmelsbach und Meike Jockers sind gewählt.

TOP 7) Mitteilungen studentischer Amtsträger*innen

Es gibt keine Mitteilungen.

TOP 8) Fragen an aktuelle und ehemalige Amtsträger*innen

Frage vom QFF||R: Die autonomen Referate müssen eine Rechenschaftsvorlage beim AStA vorlegen. Ist dies auf Grund der Datenschutzregelungen in Ordnung und sollten die autonomen Referate nicht auch autonom und somit ohne Berichtsvorlage handeln können?

Chris Steinmeier (RCDS): Dem Antrag über einen 3-monatigen Rechenschaftsbericht wurde in der letzten Legislaturperiode so zugestimmt. Wir können nicht erneut darüber abstimmen ob die autonomen Referate einen Bericht vorlegen müssen, solange kein neuer Antrag vorliegt, da dies nicht der Fall ist, ist eine Abstimmung heute nicht möglich.

Fragensteller*innen: Verweist nochmals auf Absatz 3 der Satzung, der sagt, autonome Referate seien nicht rechenschaftsberechtigt.

Chris Steinmeier (RCDS): Der Antrag der vorherigen Legislaturperiode wäre somit nichtig.

Nabor Keweloh (Jusos): Betrifft der Antrag die autonomen Referate überhaupt?

Fragensteller*innen: Es muss die Rechtfertigung vor den Mitgliedern erfolgen, die autonomen Referate sollen aber unabhängig vom StuPa und dem AStA handeln können.

Peer Pröve (SDS): Dann müsse die Rechtfertigung auf der jeweiligen Vollversammlung erfolgen.

Lucas Müller (Jusos): Da die Gelder der Referate aber vom StuPa kommen, sollte die Rechenschaft auch vor diesem erfolgen.

Fragensteller*innen: Es werden jährlich Rechenschaftsberichte abgegeben, diese sollten ausreichen, um die Arbeit der autonomen Referate zu rechtfertigen. Immerhin seien diese, beobachtende Referate für das StuPa und den AStA. In der jeweiligen Vollversammlung wird die Rechenschaft bestätigt, die StuPa Mitglieder sind zu den Versammlungen herzlich eingeladen.

Chris Steinmeier (RCDS): Der Beschluss gibt einen drei-monatigen Rechenschaftsbericht vor. Der Vorschlag wäre es, einmal jährlich den Bericht auch dem StuPa vorzulegen.

Fragensteller*innen: Einige Bereiche des Berichtes müssten eventuell geschwärzt werden, um den Datenschutz zu gewährleisten.

Lucas Müller (Jusos): Das kann mit der Rechtsabteilung geklärt werden, so oder so ist das Referat aber Rechenschaft schuldig.

Fragensteller*innen: Vor den Mitgliedern! Nicht vor allen. Die Beobachtung führt zur Einschränkung der Autonomie.

Chris Steinmeier (RCDS): Die Autonomie soll nicht eingeschränkt werden. Der Vorschlag mit dem Verweis an die Rechtsabteilung wird unterstützt.

Leonard Klee (Jusos): Autonome Referate sind dazu da, um den Studierenden unabhängig vom StuPa und dem Asta zu helfen. Die Autonomie würde durch solche Rechenschaftsberichte aber eingeschränkt werden.

Chris Steinmeier (RCDS): Diese Diskussion ist hinfällig, wenn die Rechtsabteilung ablehnt. Deshalb der Vorschlag erst die Rechtsabteilung zu fragen.

Peer Pröve (SDS): Der damalige Antrag war eine Satzungsänderung, wurde so aber nicht umgesetzt. Also ist es ein normaler Antrag gewesen, demnach ein Beschluss. Gilt dieser nur für die jeweilige Legislaturperiode?

Desiree Becker (SDS): Mit dem jetzigen Wissenstand kann das Problem nicht gelöst werden, Angebot gemeinsam die Rechtsabteilung anzufragen und dann ggf. einen Antrag zu stellen.

Chris Steinmeier (RCDS): Die Anfrage müsste über den Präsidenten erfolgen (Tristan Rathgeber, UniGrün). Je nach dem, was die Rechtsabteilung sagt, wird entschieden.

Tristan Rathgeber (Präsident): Setzt sich mit den Betroffenen zusammen und wird die Vorgehensweise besprechen.

Frage (Chris Steinmeier, RCDS): Was ist aus den Regelungen zur Raumvergabe geworden, bzw. hat sich am Stand der Raumvergaben etwas geändert?

David Bianucci (UniGrün): Es ist in dieser Hinsicht nichts passiert.

Frage (Desiree Becker, SDS): Wie sieht es aus mit der Einrichtung eines Livestreams der StuPa Sitzungen?

Leonard Klee (Jusos): Das Öffentlichkeitsreferat war dafür zuständig. Beide waren/sind nicht erreichbar bzw. haben ihr Studium abgeschlossen. Nächstes Öffentlichkeitsreferat sollte sich darum kümmern.

Frage (Nabor Keweloh, Jusos): Es gab im AStA eine Raumanfrage der GRÜNEN JUGEND Gießen, diese Vereinigung ist keine HSG und hat daher eigentlich keinen Anspruch auf einen Raum. Die Räume können nur in Verantwortung der HSG gegeben werden. Wie wird damit verfahren?

Sophie Müller (UniGrün): Die Veranstaltung kann auch ohne Probleme über die Grüne Hochschulgruppe laufen, wenn das das Problem ist. Es wird inhaltlich aber zu keiner Änderung kommen.

TOP 9) Studierendensprechstunde

Es gibt keine Fragen/Anmerkungen/Berichte.

TOP 10) Rechenschaftsbericht 57. Legislatur

Chris (RCDS): An Arne Krause (UniGrün) Wieso ist der Wahlomat vor der letzten StuPa Wahl nicht durchgesetzt worden, obwohl die Vorarbeit gemacht wurde?

Arne Krause (UniGrün): Es gab Qualitätsbedenken durch den Koalitionspartner. Falsche Handhabung würde zu verfälschten Ergebnissen führen, deshalb wurde der Wahlomat noch nicht eingeführt. Bei der nächsten StuPa Wahl soll der Wahlomat eingeführt werden, bzw. soll früher kommuniziert werden.

Arne Krause (UniGrün): Bei Veranstaltungen sollten immer die Mitorganisatorin genannt werden, um Transparenz zu gewährleisten. In wie fern wurde durch die Jusos aktiv mitgearbeitet?

Nabor Keweloh (Jusos): In dem Umfang, in dem es schriftlich aufgeführt wurde.

TOP 11) Wahlen zum AStA

David Bianucci (UniGrün): Vorschlag die Wahl alle Referent*innen gleichzeitig durchzuführen und nicht einzeln.

Tristan Rathgeber (Präsident): Ist so vorgesehen.

Vorstellung aller Kandidat*innen, dann erfolgt die Wahl aller Referate.

Personen werden vorgeschlagen:

Hochschulpolitik

Ellen Beck, Arne Krause, Michel Zörb, Peer Morton Pröve

Politische Bildung

Frederik Peper, Jakob Heidthe, Paul Hrosul

Digitalisierung, Studium und Lehre

Lino Seiffert, Michel Zörb, Julia Regele

Kultur

Hanna Schwager, Lea Bruns, Emely Green

Personal

Lea Bruns, Fabian Mirolld-Stroh

Layout

Justus Grebe, Frederik Peper

Antirassismus

Younis Zobi, Adrian Rühl, Desiree Becker, Patricia Ruhland

Öffentlichkeitsarbeit

Emely Green, Andrea Barny, Ellen Beck

Wohnen und Soziales

Habib Yasar, Patricia Ruhland, Younis Zobi

Finanzen

Desiree Becker, Arne Krause

Verkehr

Fabian Mirolld-Stroh, Lena Schmidt, Michel Zörb

Ökologie

Julia Regele, Marvin Fritsch, Arne Krause

Koordination

Peer Pröve, David Bianucci

Die vorgeschlagenen Personen stellen sich der Reihe nach vor.

Nachfragen

Hochschulpolitik

Nabor Keweloh (Jusos): Der kommende Wahlausschuss sollte den Wahlomat einführen.

Arne Krause (UniGrün): Gute Idee für die nächsten Wahlen, in der vergangenen Legislaturperiode war es nicht möglich.

Politische Bildung

Nabor Keweloh (Jusos): Paul Hrosul ist Teil des autonomes Referates ABSTQR*?

Paul Hrosul: Ist zurückgetreten.

Michael Emig (Jusos): Ist Cyber-Mobbing für dich (Paul Hrosul) nur gegen Individuen gerichtet oder auch gegen Gruppen, wegen Post auf Facebook über Jusos-Diktatur.

Paul Hrosul: Geht eher gegen Individuen, eher nicht gegen Gruppen. Er wollte damit nur kritisiert, wie lange die Jusos im Amt waren.

Lucas Müller (Jusos): Das ist undemokratisch, kann nur die halbe Regierung eine Diktatur sein? Kritik an UniGrün, da immerhin drei Wahlperioden zusammengearbeitet wurde.

Lino Seiffert (UniGrün): Paul ist über das Ziel hinausgeschossen, wir sprechen als Liste nicht über eine Diktatur. Es war unglücklich formuliert.

Tom Lehmann (RCDS): Kritik daran, dass die persönliche Meinung nicht überwiegen sollte, es sollte immer eine gewisse Professionalität bewahrt werden, da man in den Referaten die Studierenden vertritt.

Digitalisierung, Studium und Lehre

Chris Steinmeier (RCDS): An Michel Zörb (UniGrün), was soll es für unabhängige Tutorien geben und wie werden diese kontrolliert?

Michel Zörb (UniGrün): Es gibt keine Vorgaben, die Studierenden sollen selbst entscheiden. Es soll ein Raum gegeben werden, in dem eigenen Kompetenzen eingebracht werden können. Eine Auswahlkommission wird überprüfen, welche Tutorien genehmigt werden, in der auch das StuPa vertreten ist.

Lucas Müller (Jusos): Können Lizenzen für Office durch die Hochschule finanziert werden?

Michel Zörb (UniGrün): Es steht auf der Agenda.

Michael Emig (Jusos): Sollen die Prüfungsversuche vereinheitlicht werden?

Arne Krause (UniGrün): Vereinheitlichung wurde schon festgelegt, soll auch angeglichen werden. Richtlinie sind 3 Versuche pro Modul.

Kultur

Phillip Schröder (Jusos): Wofür sollen die Ruheräume eingerichtet werden?

Emely Green (UniGrün): Das Konzept ist kein neues und ist auch schon vorhanden. Die Ruheräume sollen einen Raum für alle Studierenden bieten, sich zurückziehen zu können.

Chris Steinmeier (RCDS): Veranstaltungen sollen zum Teil beibehalten oder ausgebaut werden, sollen einige gestrichen werden?

Emely Green (UniGrün): Es kommt zu keiner Streichung, es kommt nur zur Anpassung der Veranstaltungen oder zur Erweiterung.

Chris Steinmeier (RCDS): Wird der Stellenumfang erhöht, wegen der Ruheräume, die nicht in das Referat „Kultur“ gehören?

Lea Bruns: Der Stellenumfang wurde erhöht, um die Veranstaltungen zu organisieren, nicht um die Ruheräume umzusetzen und auszubauen.

Vanessa Wagner (Jusos): Wieso ist der Koalitionsvertrag nicht digital rumgegangen, und wieso liegen gedruckt nur so wenig auf den Plätzen?

David Bianucci (UniGrün): Die Koalition ist dazu nicht verpflichtet, Stellenplan ist öffentlich, Koalitionsvertrag muss nicht veröffentlicht werden.

Malte Brinkmann (LHG): Inwiefern sollen Partys und Veranstaltungen optimiert werden?

Hanna Schwager (UniGrün): Veranstaltungen sollen an aktuelle Situationen angepasst werden. Es gibt neue Ideen für mehrere Veranstaltungen in verschiedenen Räumen.

Wohnen und Soziales

Vanessa Wagner (Jusos): Verweis auf Seite 9 Punkt 3: Öffentlichkeit: Zusammenhang Rentner*innen, Sozialempfänger*innen; Was hat das mit der Uni zu tun?

Younis Zobi (GUT): Wohnungsnot geht alle an. Bündnisse, die andere Menschengruppen umfassen sollen integriert werden, so werden auch mehr Gruppen umfasst als nur Studierende.

Vanessa Wagner (Jusos): Wurden schon Personen und Bündnisse angefragt?

Peer Pröve (SDS): Bündnisse können erst geschlossen werden, wenn das Referat offiziell gewählt wurde.

Nabor Keweloh (Jusos): Wieso wird der Stellenumfang erhöht und was ist der Grund, wieso Patricia Ruhland (UniGrün) nicht da ist, um sich vorzustellen.

Peer Pröve (SDS): Der Stellenumfang wird erhöht, da die geplante Arbeit, den aktuellen Umfang überschreitet, Patricia kann nicht da sein, da es eine parallele Veranstaltung gibt.

Phillip Schröder (Jusos): Hat jemand aus dem Referat schon im Bafög Amt gearbeitet?

Younis Zobi (GUT): Hat Erfahrung und kann vermitteln, hat jedoch noch nicht dort gearbeitet.

Tom Lehmann (RCDS): Es soll sich bei Besetzung von universitärer Leerstand durch Hausbesetzer*innen solidarisiert werden. Als öffentliche Instanz sollte man keine Straftaten unterstützen, die die Hausbesetzer*innen damit begehen.

Peer Pröve (SDS): Diskurse wurden bereits angestoßen und Diskussionen mit betroffenen Personen werden geführt.

Chris Steinmeier (RCDS): Es gibt einen Unterschied zwischen Gesprächen und der Solidarisierung, nach dem RCDS gehe eine Solidarisierung zu weit.

Lea Bruns: Legitimation, da sich diese Personen für die Ziele des AStAs einsetzen.

Tom Lehmann (RCDS): Kritisiert die Art und Weise, wie sich mit Straftäter*innen solidarisiert werden soll.

Emely Green (UniGrün): Auch der vorherige AStA hat sich schon mit Hausbesetzer*innen solidarisiert.

Nabor Keweloh (Jusos): das letzte Referat hatte Punkte zu Wohnheimen und Grünanlagen. Werden diese aufgegriffen, bzw. wurde sich mit diesen Thematiken auseinandergesetzt?

Younis Zobi (GUT): In der letzten Legislatur ist nicht viel passiert. Die Thematiken sollen weitergeführt werden, nur auf andere Art und Weise.

Chris Steinmeier (RCDS): Kommt es zur Zusammenarbeit mit dem FZs?

Peer Pröve (SDS): Die Zuständigkeit dazu liegt bei einem anderen Referat. Sollte StuPa bzw. Vollversammlung der Studierenden entscheiden, nicht der AStA.

Lucas Müller (Jusos): Sind wir schon Mitglied?

Nabor Keweloh (Jusos): Nein, auf Grund der finanziellen Belastung.

Nabor Keweloh (Jusos): Verhandlungen mit dem Kultlab sind bereits gelaufen und wurden durch den AStA auf Eis gelegt. Es gibt nicht verwandelbare Themen mit Kultlab.

Peer Pröve (SDS): Patricia ist Ansprechpartnerin, aber es geht grundsätzlich um die Idee der Zusammenarbeit. Rechtliche und strukturelle Ausarbeitung wird noch folgen und sich in Zukunft entscheiden

Finanzen

Chris Steinmeier (RCDS): Stellenumfang wurde gekürzt, wieso? Wie sind Fortschritt und Verkürzung vereinbar?

Arne Krause (UniGrün): Persönlich sieht er die zusätzliche Arbeit als Ehrenamt, welches er aus Überzeugung durchführt. Es wäre nicht angemessen, auch noch das Referat zu erhöhen. Die Arbeit steigt, anderer Referate wurden erhöht, der Stundenumfang allgemein ging hoch, da es auch mehr Referent*innen sind.

Nabor Keweloh (Jusos): Gibt es schon einen Entwurf für einen neuen Haushalt? Dieser wurde bis jetzt immer bei der ersten Sitzung vorgestellt, zumindest vorläufig.

Arne Krause (UniGrün): Es wird eine Satzungsänderung geben, um das anzupassen. Letzter HH wurde verzögert, weil nicht rechtzeitig eingereicht wurde.

Lucas Müller (Jusos): Einreichung des HH und Genehmigung lagen Monate auseinander.

Michael Emig (Jusos): Bekommen alle Referent*innen 300€? Wurde in der letzten Legislatur angemerkt von UniGrün.

Arne Krause (UniGrün): Bedarfsgerecht wurden die Referate in Viertelstellen aufgeteilt, eine volle Stelle umfasst 400€. Mit dieser Stelle wird gerechnet.

Chris Steinmeier (RCDS): Sollen die Diäten angehoben werden/ sollen die 400€ erhöht werden?

Desiree Becker (SDS): Nein.

Verkehr

Chris Steinmeier (RCDS): Wieso wird kostenfreie Nutzung des ÖPNV für alle gefordert? Wir fahren doch kostenlos?

Fabian Mirolid-Stroh: Nein, auch wir fahren nicht kostenlos und es soll für alle, inklusive der Studis gefordert werden.

Chris Steinmeier (RCDS): Wieso ist die Trennung der einzelnen Verkehrsteilnehmenden gefordert?

Michel Zörb (UniGrün): Um die Sicherheit der einzelnen Verkehrsteilnehmenden zu gewährleisten.

Chris Steinmeier (RCDS): In dem Vertrag steht eine Reduzierung der Parkplätze, es wurden schon Parkplätze reduziert. Wie weit soll es noch gehen?

Michel Zörb (UniGrün): Es geht darum klimaneutrale Verkehrsmittel zu fördern. Ein übermäßiges Parkplatzangebot ist ein Anreiz für Studierende, mit dem Auto zu fahren. Der ÖPNV muss verbessert und ausgebaut werden, aber ebenso muss der Anreiz zum Autofahren eingeschränkt werden. Gießen und die Universität sind sehr autofreundlich gestaltet, das soll sich ändern.

Chris Steinmeier (RCDS): Diese Änderung würde die Autofahrer bestrafen und vor allem die, die aus dem Umland kommen. Erst muss der ÖPNV verbessert werden, dann können die Parkplätze reduziert werden.

Fabian Mirol-Stroh: Das entspricht nicht der Vorstellung einer klimagerechten Zukunft des Verkehrs, der Wandel muss parallel passieren.

Leonard Klee (Jusos): Ein Konsens ist nicht zu erwarten, wir haben Alle verschiedene Ansichten. Grundsätzlich sehen wir es positiv, es sollte aber auf die Leute aus dem Umland geachtet werden.

Lucas Müller (Jusos): Wird es eine neue Umfrage zur Erweiterung des Studi-Tickets geben?

Fabian Mirol-Stroh: Es gab eine Erhebung, die gesagt hat, dass die Studierenden die Erhöhung und Erweiterung nicht benötigen. Zu den angebotenen Konditionen ist die Erweiterung zu teuer, eventuell kann nachverhandelt werden.

Nabor Keweloh (Jusos): Wäre es nicht sinnvoll die Rücklagen zu verwenden, um ein eigenes Lastenrad anzuschaffen? Die Verleihung würde über den AStA verliehen werden, so entstünde keine Abhängigkeit von einer Organisation.

Michel Zörb (UniGrün): Grundsätzlich soll keine Rivalität zu Allrad entstehen. Ebenso benötigen diese Publicity, was eine Kooperation noch sinnvoller macht.

Nabor Keweloh (Jusos): Wäre es dann sinnvoll ein eigenes Rad in das bestehende System von Allrad zu integrieren und so zu der Kooperation zu kommen?

Michel Zörb (UniGrün): Stimmt dem so zu.

Chris Steinmeier (RCDS): Wo sollen die weiteren Bahnhaltepunkte sein?

Michel Zörb (UniGrün): Es gibt verschiedene Ideen, sowohl im Stadtrat als auch im Magistrat. Eine Idee wäre zwischen dem Philosophikum und dem JuWi Campus.

Ökologie

Chris Steinmeier (RCDS): Würdet ihr eine Versteuerung von Fleisch als dogmatisch bezeichnen?

Arne Krause (UniGrün): Nein, es geht hierbei nicht um die Bestrafung der Personen, die Fleisch essen möchten, sondern es geht um die Internalisierung der externen Kosten, die Fleischgerichte mit sich bringen.

Chris Steinmeier (RCDS): Das ist dogmatisch.

Arne Krause (UniGrün): Vegetarisch und vegan sollen günstiger werden.

Chris Steinmeier (RCDS): Dann schreibt es so.

Marvin Fritsch (UniGrün): Viel günstiger geht nicht. Preise müssen irgendwie rausgeholt werden und Mehrkosten, die durch den Konsum von Fleischprodukten entstehen, müssen bezahlt werden.

Chris Steinmeier (RCDS): Dann sollte die Qualität des Fleischprodukte verbessert werden und nicht der Preis.

Malte Brinkmann (LHG): Anstelle der willkürlichen Erhöhung der Preise sollte man eine Verbesserung der Qualitätsstandards fordern.

Marvin Fritsch (UniGrün): Es geht auch um das Verhältnis zu Gerichten, die Fleisch enthalten, dieses wird durch den höheren Preis beeinflusst.

Arne Krause (UniGrün): Wird aus dem Vertrag gestrichen und durch Qualität erhöhen und Vegan-Vegetarisches Angebot stärken ersetzt.

Vanessa Wagner (Jusos): Was ist ein Green Office?

Arne Krause (UniGrün): Das Green Office ist ein Teil der Verwaltung, mit Personen, die sich mit dem Klimaschutz an der Uni beschäftigen. Es sollen beispielweise Ökobilanz aufgestellt werden. Es soll aus Studierenden und Mitarbeitenden gebildet werden und soll als Stabstelle angesiedelt werden.

Michel Zörb (UniGrün): Das Green Office soll die Schnittstelle werden, für die Querschnittsaufgabe Nachhaltigkeit.

Malte Brinkmann (LHG): Wie soll eine ökologisch soziale Ersti Woche aussehen?

Arne Krause (UniGrün): Das heißt: Nachhaltigere Give Aways, Seminare und Lehrangebote zu Nachhaltigkeit und Schaffung von Aufmerksamkeit auf das Thema.

Antifaschismus und Antidiskriminierung

Tom Lehmann (RCDS): Was heißt Burschi-Reader?

Desiree Becker (SDS): Der Reader soll zur Erklärung und Aufklärung dienen, was Verbindungen sind und tun. Dieser soll erneuert werden.

Tom Lehmann (RCDS): Sind Leute aus der Koalition in Verbindungen?

Frederik Peper (SDS): Es gibt Verbindungen in diese Gruppen. Zusammen mit dem FB03 und dem autonomen Referat soll der Reader erstellt werden, so arbeiten auch Leute mit direktem Bezug daran.

ABSTQR: Welche Aufgabe übernimmt Patricia im Referat: gleicht sie das Verhältnis aus? Was bedeutet Betroffenheit bei Diskriminierung?

Peer Pröve (SDS): Es wird keine festen Zuschreibungen der Themen geben, alle Personen des Referates werden sich mit allen Thematiken befassen. Es geht immer darum, Ansprechpartner*in und Sprachrohr für Personen zu sein, wenn es zu solchen Vorfällen kam, egal bei wem.

Desiree Becker (SDS): Diskriminierung hat zugenommen. Nach Absprache mit den autonomen Referaten soll eine Anlaufstelle eingerichtet und entwickelt werden.

Chris Steinmeier (RCDS): Islamismus wird nicht angesprochen. Wird es eine Anlaufstelle für Burschenschaften geben, die sich von dem Referat diskriminiert fühlen?

Adrian Rühl: Wenn die Notwendigkeit ermittelt wurde kann das natürlich gemacht werden.

Chris Steinmeier (RCDS): Die Unterstützung von Demonstrationen ist keine Hochschulpolitik. Busse in andere Städte fahren zu lassen ist keine sinnvolle Verwendung der Gelder.

Desiree Becker (SDS): Demonstrationen sind global und funktionierend übergreifend. Das Referat sollte Thematiken und dementsprechend auch Demonstrationen in anderen Städten unterstützen.

Peer Pröve (SDS): Internationale Demonstrationen haben Auswirkungen, die übergreifend sind. Auch kommt es zu übergreifenden Themen die hessenweit vertreten sind (Bsp. Halle, Mord Lübcke), die das Referat gerne unterstützen möchte.

Malte Brinkmann (LHG): Gibt es eine Anlaufstelle für Burschenschaften? Sollen diese miteinbezogen werden?

Desiree Becker (SDS): Zuerst soll es den neuen Reader geben. Dieser soll wissenschaftlich angegangen werden, Burschenschaften sollen derzeit nicht miteinbezogen werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Leonard Klee (Jusos) will nur anmerken, dass die Wahlbeteiligung an der JLU im Vergleich sehr gut ist.

Ellen Beck (UniGrün): Ja sie war gut, aber es gibt dennoch Luft nach oben.

Emely Green (UniGrün): Es soll aber mehr Transparenz und Teilnahme geben, eben mehr als nur wählen.

Lea Stelz (Jusos): Soll es in dem Zeitschriftenformat nur um Hochschulpolitik gehen?

Emely Green (UniGrün): Nein, es geht um ein freies, kreatives Angebot, was nicht dem Anspruch einer wissenschaftlichen Arbeit entspricht.

Frederik Peper (SDS): Es soll unabhängig von Fachschaft sein und soll keine Konkurrenz darstellen, sondern soll unterstützend und erweiternd wirken.

Allgemeine Anmerkungen von Peer Pröve (SDS): Es wurden einige Namen umformuliert, inhaltlich wurde aber nichts geändert, die Referate sind immer noch eindeutig zuordnen bar.

Nabor Keweloh (Jusos): Eine Übersicht über Anteile der Stellen, am besten vor der Wahl, wäre nett.

Frederik Peper (SDS): Wenn es vor der Wahl sein soll, werden die jeweiligen Stellen kurz durchgegangen.

Peer Pröve (SDS): Liste wird erstellt und wird danach verschickt.

Ausgang der Wahlen	Ja	Nein	Enthaltung	
<u>Hochschulpolitik</u>				
Ellen Beck	19	10	3	Gewählt
Arne Krause	25	5	1	Gewählt
Michel Zörb	22	8	0	Gewählt
Peer Morton Pröve	23	6	3	Gewählt
<u>Politische Bildung</u>				
Frederik Simon Peper	22	7	3	Gewählt
Jakob Willi Heidthe	22	7	3	Gewählt
Paul Hrosul	19	10	3	Gewählt
<u>Digitalisierung, Studium und Lehre</u>				
Lino Richard Seiffert	23	5	3	Gewählt
Michel Zörb	23	8	0	Gewählt
Julia Regele	19	8	4	Gewählt

Kultur

Hanna Schwager	22	7	3	Gewählt
Lea Sophie Bruns	22	7	3	Gewählt
Emely Green	22	8	2	Gewählt

Personal

Lea Sophie Bruns	21	8	3	Gewählt
Fabian Miroid-Stroh	21	8	3	Gewählt

Layout

Justus Friedemann Grebe	23	6	2	Gewählt
Frederik Simon Peper	24	6	2	Gewählt

Antirassismus

Younis Fathi Zobi	21	9	2	Gewählt
Adrian Rühl	19	10	3	Gewählt
Desiree Becker	21	9	2	Gewählt
Patricia Ruhland	21	9	2	Gewählt

Öffentlichkeitsarbeit

Emely Green	23	8	1	Gewählt
Andrea Barny	19	10	3	Gewählt
Ellen Beck	19	10	3	Gewählt

Wohnen und Soziales

Habib Yasar	22	7	3	Gewählt
Patricia Ruhland	20	9	2	Gewählt
Younis Fathi Zobi	22	7	3	Gewählt

Finanzen

Desiree Becker	25	6	1	Gewählt
Arne Krause	25	6	1	Gewählt

Verkehr

Fabian Miroid-Stroh	23	8	1	Gewählt
Lena-Johanna Schmidt	23	7	2	Gewählt
Michel Zörb	24	8	0	Gewählt

Ökologie

Julia Regele	19	9	4	Gewählt
Marvin Fritsch	22	7	3	Gewählt
Arne Krause	23	7	2	Gewählt

Koordination

Peer Morton Prüve	23	6	3	Gewählt
David Enrico Bianucci	24	6	2	Gewählt

Alle wurden gewählt, alle Anwesenden nehmen die Wahl an.

TOP 12) Wahlen zur FSK

Chris Steinmeier (RCDS): Anfrage, ob wir wählen oder nur bestätigen können?

Tristan Rathgeber (Präsident): Wir müssen wählen.

Die Bewerber stellen sich vor. Es gibt keine Rückfragen.

Es kommt zu folgenden Ergebnissen:

Auf Sebastian Fritsch entfielen	22 Ja Stimmen,	5 Nein Stimmen und	1 Enthaltung.
Auf Markus Pepler entfielen	23 Ja Stimmen,	3 Nein Stimmen und	2 Enthaltungen.
Auf Jaimoe Kaiser entfielen	24 Ja Stimmen,	3 Nein Stimmen und	1 Enthaltung.

Alle oben genannten Bewerber wurden gewählt.

TOP 13) Änderung der Geschäftsordnung der FSK

Bei 27 Ja Stimmen und 1 Enthaltung wurde die Änderung angenommen.

2. Lesung

TOP 14) Änderung der Geschäftsordnung der FSK

3. Lesung

Bei 25 Ja Stimmen und 3 Enthaltungen wurde die Änderung angenommen.

TOP 15) Preiserhöhung NVV

Preiserhöhung von 0,34%, der Beitrag erhöht sich von 7,70€ auf 7,73€.

Bei einer Enthaltung wurde die Erhöhung angenommen.

TOP 16) Anträge

Antrag Biologie

Fachschaft Biologie bringt Antrag ein. Es handelt sich um Teambuilding Maßnahme, die bereits in der FSK bewilligt worden ist. Durch die Erhöhung der Teilnehmendenzahl von 9 auf 12 bittet die Fachschaft Biologie um Zustimmung. Es wird zu keiner Kostenerhöhung kommen, lediglich die Anzahl der Beteiligten steigt.

Der Antrag wird mit 1 Enthaltung angenommen.

Jusos – Gegen jeden Antisemitismus und Rassismus an der JLU

Nabor Keweloh (Jusos) bringt Antrag ein.

Arne Krause (UniGrün): GO Antrag „Vertagung“ auf die nächste Sitzung, da die Koalition es zeitlich nicht geschafft hat, den Antrag zu behandeln.

Gegenrede Nabor Keweloh (Jusos): Bedauert es, weil dem Antrag auf dem Bundeskongress der demokratischen Hochschulparteien so zugestimmt wurde.

GO-Antrag wird abgestimmt: 6 Enthaltungen, 3 Nein stimmen., GO-Antrag wird zugestimmt.

Der Antrag wird auf die nächste Sitzung verschoben

Jusos - Bildung von Parlamentarischen Arbeitsausschüssen

Nabor Keweloh (Jusos) bringt den Antrag ein.

Änderungsantrag: Um die Partizipation der Studierenden zu gewährleisten, soll 1-mal pro Semester auf einer öffentlichen Vollversammlung Rechenschaft vorgelegt werden.

Änderungsantrag: Arne Krause (UniGrün)

Satz vorher: „Für jeden Arbeitsausschuss könne durch die im Studierendenparlament vertretenen Listen jeweils 2 Vertreter*innen benannt werden.“

Satz neu: „Für jeden Arbeitsausschuss könne durch die im Studierendenparlament vertretenen Listen jeweils 2 Vertreter*innen satzungskonform bestimmt werden.“

Der geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 17) Verschiedenes

Die Listen sollen Personen für den Wahlausschuss, RPA und den Ältestenrat vorschlagen.

Für das Präsidium des 58. Studierendenparlaments

Julia Himmelsbach, Gießen, den 24. Oktober 2019.